

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19160401

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementpreis durch die Post bezogen ohne Einlegegeld monatlich 2.80, vierteljährlich 8.00;
durch die Holportreure wöchentlich 50 A frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 5 A.
bei den Straßenhändlern 10 A. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 A.
Streubandendungen monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 4.—.

Redaktion:
Fehlandstraße 11, 1. Etod.

Hamburg 36.

Expedition:
Fehlandstraße 11, Erdgesch.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Anzeigen die achtgespaltene Zeitschrift oder deren Raum 45 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und
Familienanzeigen 25 A. Anzeigenannahme Fehlandstr. 11, Erdgesch. (bis 5 Uhr nachmittags),
in den Filialen (bis 4 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Nach- und Vorkonten ohne Verbindlichkeit.
Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Nachzahlung: Erdgesch., Buchdruckerei-Rotoren: 1. Etod. Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Annandstraße, bei Franz Witzberger, Innenstr. 17. Elmshorn, Langensfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Barkel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Melbörferstr. 8. Varmied, Uhlenhorst bei Theodor Peterer, Heinrich Dreyerstr. 145.
Nord-Barmbeck bei Robert Witz, Poppenhufenstr. 18. Hohenfelde, Vorfelde, Damm, Horn, Schiffbau und Altona bei Carl Oetel, Baustr. 28. Hammerbrook bei Kuschelberger Wilhelm bei Rud. Fuhrmann, Silberstr. 18. Notenburgort und Veddel bei Fr. Silbner,
Wilsb. Wöhrndamm 213 A. Schpt. Wilhelmshafen bei S. Dellerich, Fährstr. 59, 1. Elbe, Wandsbek, Eimsenfelde und St. Varmied bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottenien, Vahrenfeld bei Franz Rote, Friedensallee 46.

Die Stellung der Mehrheit und der Minderheit zur Kriegsfrage.

II.

Wenn man die jetzige Haltung der Minderheit richtig beurteilen will, so muß man sich immer gegenwärtig halten, daß bei Kriegsbeginn die Fraktion fast einhellig ihre Stellung zum Kriege festgelegt hat und nur eine kleine Gruppe (14 Mitglieder) sich dazu in Gegensatz setzte, aber auch nur in den Fraktionsberatungen. Im Plenum stimmte die Fraktion geschlossen für die ersten Kriegskredite. Wenn nach und nach eine größere Zahl der Fraktionsmitglieder ihre Auffassung geändert hat und die Gegenfrage sich so verschärft haben, daß die Extremen es jetzt bis zur Sprengung der Fraktion getrieben haben, so ist es notwendig, den Motiven nachzugehen, die zu dieser veränderten Stellungnahme geführt haben. Festgestellt muß dabei zunächst werden, daß es — abgesehen von den 14 Dissidenten vom August 1914 — die Minderheit ist, die ihre Meinung gewechselt hat. Wer aber nacheinander zwei verschiedene Auffassungen vertreten hat, der muß sich wenigstens einmal geirrt haben; er kann nicht darauf pochen, daß seine jüngste Meinung die richtige sei, und darf nicht Vorwürfe gegen diejenigen erheben, deren Auffassung er erst geteilt hat. Nun kann freilich ein Auffassungswechsel, zumal in Fragen taktischen Vorgehens, an sich sehr wohl berechtigt sein, wenn die Situation sich derart verändert hat, daß sich auch eine Änderung des Vorgehens als notwendig erweist. Hier würde es sich um eine Änderung des Tatbestandes handeln und wer seinen Meinungswechsel darauf stützen will, hat zu beweisen, daß in dem vorliegenden Tatsachenkomplex eine entscheidende Änderung eingetreten ist.

Ein Versuch solchen Beweises ist auch von Vertretern der Minderheit mehrfach gemacht worden, jedoch ohne daß er gelungen wäre oder hätte gelingen können, weil dem die im ersten Artikel geschilderte Sachlage und deren Entwicklung während des Krieges unbedingt entgegensteht. Wenigstens für jeden, der sich bemüht, ein unbefangenes Urteil über die Ereignisse zu gewinnen. Daran hat es aber bei der Minderheit fast vollständig gefehlt. Ihre aktivsten Elemente waren von vornherein in der Opposition, und zwar aus sogenannten grundsätzlichen Erwägungen. Die prinzipiell kriegsgegnerrische Stellung der Sozialdemokratie sollte für diese die Pflicht bedeuten, auch während des Krieges den Krieg als solchen zu bekämpfen und darum auch die Bewilligung der Kriegskredite zu verweigern. Das stimmt, wie wir schon sagten, absolut nicht zusammen mit der Anerkennung der Pflicht der Vaterlandsverteidigung, und man ist geneigt, anzunehmen, daß jene sich zwar scheuten, für Sozialdemokraten diese Pflicht zu verneinen, daß sie aber die Konsequenz von deren Anerkennung nicht ziehen wollten. Daß sie sich der Unlogik solchen Verhaltens nicht bewußt gewesen seien, kann nur annehmen, wer sie für denkwürdig hält. Somit kann es der Minderheit auch nicht entgangen sein, daß das von ihr geforderte Verhalten der Fraktion für den Verlauf des Krieges von den verhängnisvollsten Folgen hätte sein können. Wer nicht aus sich selbst dieses Bewußtsein schöpfen konnte, der hätte es sich aus den langen Auseinandersetzungen in der Fraktion aneignen können.

Der Weltkrieg hatte einen Notstand geschaffen, eine Gefahr von nie dagewesener Größe. Alle aus dieser Situation geborenen Handlungen waren Notstandshandlungen, bei denen nur der unmittelbare Zweck und die unmittelbare Wirkung entscheidend sein können. Läßt sich die Welt schon in normalen Zeiten nicht allein mit schönen Grundgesetzen und Resolutionen regieren, so noch weniger in derart katastrophalen Epochen, wie sie der Weltkrieg hervorgerufen hat. Nach der Behauptung der Minderheit soll im Verhalten der Mehrheit eine Verletzung der Parteigrundsätze liegen. Wäre dem so, so würde die unerhörte gefährliche Situation auch das rechtfertigen, denn die Grundbedingung für alle weitere Entwicklung, im besonderen für den Aufstieg der Arbeiterklasse, ist die Erhaltung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des eigenen Landes und die Sicherung seiner Kulturentwicklung. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß überhaupt einmal die Grundgesetze der Sozialdemokratie zur Geltung kommen können.

Diese Grundgesetze sind aber tatsächlich durch die Politik der Mehrheit durchaus nicht verletzt. Die Schöpfer dieser Grundgesetze und die bewährtesten Führer der Partei haben, trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerhaltung gegen jeden Krieg, stets mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet und anerkannt, daß in solchen Fällen die Arbeiter für die Existenz ihrer Nation als die Grundlage ihrer eigenen Klassenentwicklung zu kämpfen haben. Auch das sozialdemokratische Parteiprogramm rechnet mit der Möglichkeit des Krieges und will in solchen Fällen das eigene Volk nicht wehrlos machen, sondern die Wehrfähigkeit für den Ernstfall bis zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickeln. Der Kampf gegen den Militarismus, den die deutsche Sozialdemokratie mit so großer Entschiedenheit geführt hat, hatte nichts weniger im Auge als die Wehrlosigkeit des eigenen Volkes; er richtete sich nur gegen das System, wollte aber die Wehrhaftigkeit noch auf eine höhere Stufe heben. Warum? Weil sich auch die Sozialdemokratie

beffen bewußt war, daß die Menschheit — auch nicht einmal die europäische — noch nicht vor dem ewigen Frieden stehe und die europäische Kultur sich noch kämpfend gegen ihre Bedrücker werde behaupten müssen. Die Bereitschaft zur Verteidigung des eigenen Landes und der mit ihm verbundenen Interessen der Arbeiterklasse ist also keine Verletzung der Parteigrundsätze. Die solchen Vorwurf gegen die Mehrheit erheben, beweisen damit nur, daß sie ihre eigene Zeit und deren unabwiesbaren Bedürfnisse nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen, um Interessen zu dienen, die in Zeiten äußerster Gefahr nicht diejenigen der Arbeiterklasse sein können. Höchster Grundsatz der Sozialdemokratie ist die Wahrung und Förderung der Interessen der Arbeiterklasse, die Sicherung ihrer Existenz und der Möglichkeit ihrer weiteren Aufwärtsentwicklung. Vor dieser Notwendigkeit hat in der Zeit schwerster Gefährdung dieser Interessen alles andere zu schweigen. Von dieser Erkenntnis hat die Mehrheit ihr Handeln bestimmen lassen.

Wie also durch das Verhalten der Mehrheit Parteigrundsätze nicht verletzt worden sind, so auch nicht Parteigrundsätze. Der Vorwurf, daß letzteres geschehen sei, beruht sich besonders auf die Parteitagebeschlüsse gegen die Budgetbewilligung. Daß diese Beschlüsse nicht für die ganz den Normalen entrichteten Zeiten des Krieges gefaßt sein können, liegt für jeden Verständigen auf der Hand. Man braucht sich nur zu erinnern, daß diese Beschlüsse schon für Friedenszeiten Ausnahmen zulassen mußten, weil man sich nicht verhehlen konnte, daß Verhältnisse eintreten könnten, unter denen die Ablehnung des Budgets Schädigungen der Arbeiterklasse im Gefolge haben würde. Die Zustimmung ist zugelassen für den Fall, daß sonst ein für die Arbeiterklasse ungünstigeres Budget zur Annahme kommen werde. Das heißt: Um die Arbeiter davor zu bewahren, einige Groschen mehr an Steuern bezahlen zu müssen, ist die Budgetbewilligung erlaubt; aber jetzt, wo die ganze Existenz der Arbeiterklasse und noch viel mehr auf dem Spiel steht, soll die Bewilligung nicht gestattet sein! Welch eine Verkennung des ungeheuren Ernstes unserer Zeit!

Aber auch das können sich diejenigen Mitglieder der Minderheit mit einem Schrein von „Konsequenz“ leisten, die von vornherein in der Opposition waren. Wie steht es jedoch mit denen, die nach dem 4. August zu gelernt haben? Wenn die Bewilligung der Kredite gegen Parteitagebeschlüsse verstoßen würde, dann am 4. August 1914 genau so wie jetzt. Dann haben sich die Mitglieder der Minderheit ebenso des Verstoßes dagegen schuldig gemacht, wie die der Mehrheit, denn auch jene haben dafür gestimmt. Und was soll man zu denen sagen, die im vorigen Jahre zwar nicht das Ganze, wohl aber die Hälfte der neuen Kreditforderungen von zehn Milliarden bewilligen wollten? Wo bleibt da der Grundsatz? Wird er gerettet, wenn man nur in kleineren Proportionen lüßt? Und soll man eine Forderung, deren Notwendigkeit man anerkennt, deshalb nicht bewilligen, weil in das Budget eingestellt ist? Das kann nur verlangen, wer sich eine für ganz andere Verhältnisse bestimmte Resolution als Brett vor den Kopf bindet, um die Dinge nicht zu sehen, wie sie sind. Das zeigt aber auch die ganze Unhaltbarkeit der Auffassung, die die Budgetablehnung zum Prinzip stempelt und sich damit selbst fesseln anlegt, die in Zeiten der Not doch gerissen werden müssen. Daraus ergibt sich aber weiter, daß die Auffassung der Budgetbewilligung als eines Vertrauensvotums für die Regierung eine nicht mehr haltbare ist. Die Mehrheit der Fraktion hat bei mehrfacher Gelegenheit sich ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß weder die Bewilligung der Kriegskredite noch des Budgets ein Vertrauensvotum für die Regierung sein solle oder sein könne. Die Bewilligung erfolgte lediglich, um im Kriege die Volksinteressen zu wahren, die eine entschiedene Abwehr der Feinde erheischen.

Wären noch die „tatsächlichen“ Gründe für das Abweichen eines Teiles der Minderheit von der Mehrheit. Dieser Teil der Minderheit will zuerst für die Kriegskredite gestimmt haben, weil der Krieg ein Verteidigungskrieg war, aber jetzt angeblich zum Eroberungskrieg geworden sei. Man schöpft diese Auffassung aus den Annerkennungsbestrebungen gewisser bürgerlicher Kreise, auf die wir hier des näheren nicht eingehen können, weil das auf das noch verbotene Gebiet der Kriegsjournalisterei führen würde. Die Minderheit nimmt auch an, daß die Regierung diese weitgehenden Annerkennungsbestrebungen unterfütze, hat aber bisher nicht den geringsten Beweis dafür erbringen können. Der am Schluß unseres ersten Artikels zitierte Passus der Reichstagsrede steht der Annahme ziemlich deutlich entgegen. Näheres läßt sich auch darüber heute nicht sagen. Daß die Friedensbedingungen von dem Ausgang des Krieges oder doch vom Stand der Dinge an dem Zeitpunkt, wo auch den Leuten der feindlichen Staaten klar wird, daß es Zeit zum Friedensschluß ist, abhängen werden, ist selbstverständlich. Eine einfache Rückkehr zu den Zuständen, wie sie vor dem Kriege waren, halten wir dabei für ausgeschlossen. Leider muß immer wieder konstatiert

werden, daß der Friede heute noch nicht zu haben ist, weil die Gegner nicht wollen. Die gegenteilige Behauptung der Minderheit entbehrt jeder stichhaltigen Grundlage.

Die gegenwärtig vorliegenden Tatsachen rechtfertigen somit auch keineswegs das Ueberlaufen eines Teiles der Mehrheit zur Minderheit. Dieser Teil der Minderheit täuscht sich selbst oder hat sich täuschen lassen von denen, die von vornherein gegen die Stellung der Mehrheit waren. Dem eigenen Urteil der Ueberläufer stellt das freilich kein günstiges Zeugnis aus. Auch nicht der Selbstständigkeit ihrer eigenen Meinung gegenüber Anschuldigungen aus den Reihen ihrer Organisationen. Die letzteren lassen sich ja unschwer erklären aus den schwer drückenden Unbilden des Krieges besonders für die proletarischen Schichten des Volkes. Verzweiflung und Not machen die Betroffenen mißmutig und unvorsichtig. Der Mangel an genügend tiefem Einblick in den Zusammenhang der Dinge führt dann zu der Meinung, daß durch möglichst scharfe Opposition eine Besserung herbeigeführt werden könne oder daß man wenigstens dadurch der Stimmung in den Massen Ausdruck geben müsse. Von der „grundsätzlichen“ Minderheit ist diese Stimmung auch in der rücksichtslosen Weise zur Verhütung der Genossen im Lande gegen die Mehrheit ausgenutzt worden, indem man der Mehrheit die Mitschuld an dem Kriegsnachstand beimaß, obwohl man weiß, daß diese alles, was in ihren Kräften stand, getan hat, die Not lindern zu helfen. Sie hat auch mit scharfer Kritik dort eingegriffen, wo Fehler in der Lebensmittelpolitik und auch auf anderen Gebieten begangen waren, und hat dadurch manches gebessert. Zur Politik der Abstinenz oder der absoluten Opposition konnte und durfte die Mehrheit nicht übergehen, wollte sie nicht lebenden Augen die Verhältnisse noch verschlimmern. Der von der Mehrheit zur Minderheit übergegangene Teil der Fraktion hat sich von der an sich verständlichen Mißstimmung offenbar sehr stark beeinflussen lassen.

Der extreme Teil der Fraktionsopposition, der nun ausgehoben ist, hat jedoch nicht unter dem Einfluß dieser Stimmung gestanden, sondern geholfen, sie hervorzuheben und zu verschärfen. Je mehr er erkannte, daß trotz der zahlreichen Ueberläufer die Mehrheit in der Fraktion auf ihrem einzig verständigen Standpunkt beharrte, desto giftiger wurden die Angriffe in der Fraktion und in den Organisationen. Die Aussage des Burgfriedens und die Aufnahme des Klassenkampfes in der scharfsten Form wurde zur Parole gemacht und, da sie in der Fraktion keine Mehrheit fand, so mußte die Fraktion gesprengt werden, um ihrer Desperadopolitik Spielraum zu verschaffen. Daß damit für die Arbeiterklasse etwas gewonnen werden könne, kann nur heillose Verblendung annehmen.

Diese Verblendung wurzelt in noch anderen Erwägungen, die sich aus dem Zusammenbruch der internationalen Ergebnisse des Krieges ergeben. Dieses verhängnisvolle Ergebnis des Krieges hat zweifellos alle Sozialdemokraten, die Mehrheit sicher nicht weniger als die Minderheit, tief schmerzhaft berührt. Damit sind Hoffnungen zusammengebrochen, an die unser aller Herz hing, in deren Erfüllung sich das Schicksal der Arbeiterklasse nach Freiheit und vollberechtigtem Kulturanspruch erfüllen sollte. Für diesen Zusammenbruch trägt weder die deutsche Sozialdemokratie noch die der anderen Länder die Schuld. Die Internationale, die den Krieg nicht verhindern konnte, mußte das Opfer dieses Krieges werden. Wir alle haben vor dem Kriege ihre Macht überschätzt. Der internationale Zusammenbruch der Proletarier auf Grund der gleichen sozialistischen Ueberzeugung konnte ihre eigene Kraft und ihr Kraftgefühl stärken, konnte aber nicht schon den Wachstumsfaktor schaffen, der stark genug war, der Welt Gesetze vorzuschreiben, solange noch in allen Staaten, auch in denen mit der stärksten Arbeiterbewegung, die sozialistischen Arbeiter nur eine Minderheit waren. Noch in allen Staaten ist die Macht in den Händen der Besitzenden; sie entscheiden in erster Linie die Geschicke des Staates.

Diese Tatsache anzuerkennen, wird anscheinend den Anhängern der extremen Minderheit sehr schwer. Die weitere Tatsache, daß in Frankreich und in England die Arbeiter und auch die Sozialisten sich genau so wie in Deutschland auf die Seite ihres Landes gestellt haben, war für manche Genossen eine erschütternde Ueberraschung. Sie liefert den Beweis, daß jene sich des unlöslichen engen Zusammenhangs des Arbeiters mit seiner Nation nicht bewußt gewesen sind, der Tatsache, daß das Schicksal der Arbeiterklasse jedes Landes unlöslich verknüpft bleibt mit dem Schicksal des eigenen Landes und Volkes. Den französischen Sozialisten ist das offenbar noch viel weniger zum Bewußtsein gekommen; sie fühlen sich zwar selbst mit ihrer eigenen Nation aufs engste verbunden, machen es aber der deutschen Sozialdemokratie zum bittersten Vorwurf, daß sie ebenfalls für die Unabhängigkeit ihres Landes mitkämpfe, und man mag es, uns gar dafür strafen zu wollen.

Daß die französischen Genossen sich von den Lügenaposteln ihrer eigenen Regierung haben einfangen lassen und wirklich zu glauben scheinen, Deutschland habe den Krieg frivol begonnen, um die Hegemonie über ganz Europa zu gewinnen, das mag ihnen als Milderungsgrund angerechnet werden. Aber es gibt ihnen kein Recht, uns zu beschimpfen, denn die deutsche Sozialdemokratie kann mit gutem Gewissen von sich sagen, mehr als andere innerhalb der Internationale ihre volle Schuldigkeit getan zu haben. Um so weniger Ursache haben wir, uns zum Bräutigam der Internationale machen zu lassen.

In der Minderheit der Fraktion zog man aber aus dieser Situation andere Schlüsse. Einigen ihrer Mitglieder und Freunde ist der Zusammenbruch der Internationale der Zusammenbruch ihres Lebenswerkes. Sie sind dadurch völlig aus dem seelischen und politischen Gleichgewicht gebracht worden und ihr einziges Sehnen, ihre einzige Hoffnung ist, die alten Fäden möglichst schnell wieder anzuknüpfen. Wer vor seinem eigenen Gewissen beruhigt sich sagen kann, nichts Unrechtes getan, sondern gehandelt zu haben, wie die Stunde es gebot, der kann es auch mit Ruhe ertragen, wenn die anderen ihn schmähen und auch nur den Versuch der Verständigung verweigern. Er kann es ertragen in der festen Ueberzeugung, daß die zukünftige Entwicklung der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern sie zu gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen wieder zusammenführen muß. In dieser Lage befindet sich die Mehrheit. Die Minderheit aber, die das Gebot der Stunde falsch aufgefaßt hat, weil sie sich nicht zu der Notwendigkeit bekennen wollte, in der Stunde der höchsten Gefahr entschlossen und rücksichtslos auf die Seite des eigenen Volkes zu treten — diese Minderheit suchte nach einem Mittel, sich in den Augen der ausländischen Sozialisten zu rehabilitieren, und glaubte, zunächst in der Kreditverweigerung das Mittel gefunden zu haben. Schließlich ging man weiter und opferte die Einheit der deutschen Sozialdemokratie dem Phantom, sich jetzt im Kriege die Billigung der ausländischen Sozialisten zu erwerben. Das Echo, das die Sprengungsaktion der Gaase-Gruppe bei den französischen Sozialisten gemeldet hat, könnte geeignet sein, ihr die Augen über die verheerenden Wirkungen ihres Vorgehens zu öffnen, wenn sie überhaupt noch belehrbar wäre und sich nicht in den Wahn veranlaßt hätte, der Partei eine neue Kriegstatistik aufzuzwingen zu müssen, für die sie die Mehrheit im Lande zu gewinnen hofft, indem sie die Partei auseinanderreißt.

Die Interessen der Arbeiterklasse können dadurch nur in der schwersten Weise gefährdet, aber nicht gefördert werden. Diese Ueberzeugung wird, so hoffen wir, auch bei der großen Masse der Parteigenossen vorherrschen und sie wird die Pläne der Parteierzürer zu schanden machen.

Antliche Kriegsberichte.

Dorf Malancourt nebst Verteidigungsanlagen im Sturm genommen.

Antlich. 32. Großes Hauptquartier, 31. März 1916.

Weltlicher Kriegsschauplatz.
In vielen Abschnitten der Front lebte die beiderseitige Artilleriekämpfe während des klaren Tages merkwürdig auf. Westlich der Maas wurde das Dorf Malancourt und die beiderseits anschließenden französischen Verteidigungsanlagen im Sturm genommen; sechs Offiziere und 322 Mann sind unverwundet in unsere Hand gefallen.

Auf dem Ostufer ist die Lage unverändert; an den französischen Gräben südlich der Feste Donamont entspannen sich kurze Nachkämpfe.

Deutlicher Kriegsschauplatz.
Die Russen beschränkten sich auch gestern auf starke Beschichtung unserer Stellungen an den bisher angegriffenen Fronten.

Balkan-Kriegsschauplatz.
Die Lage ist unverändert.

Oberste Seeresleitung.
Österreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

32. Wien, 31. März. Antlich.
Russischer und südbaltischer Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Infolge der ungünstigen Witterung trat eine Kampfpause ein.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Söfer, Feldmarschallleutnant.

...schaffen erhalten und damit die für diese bei Friedensschluss von den feindlichen Mächten vollzogene Entlastung in Form von Forderungen und anderen Vermögenswerten sichern.

Die Elektrizitätsversorgung Sachsens.

Der sächsische Landtag, der am 7. April werden soll, wird bereits im Juni wieder einberufen, um einen Gesetzentwurf über die staatliche Elektrizitätsversorgung Sachsens zu beraten. Die Vorlage soll, wie bereits bei der Eröffnung der letzten Landtagssession in der Thronrede hervorgehoben wurde, die Elektrizitätsversorgung des Landes betreffen. Es sollen vor allem die Preise für den Strom reguliert werden. Der Staat hat an der Regelung der Elektrizitätsversorgung auch infolge der besonderen Interessen, als er nach dem Kriege eine Anzahl verkehrlicher, kleiner und vorortsabhängiger mit elektrischem Licht versehen wird. Vorhergehend ist auch der Verkauf des elektrischen Lichts in der Provinz, wie bei der Elektrizität in der Provinz, ein wichtiger Punkt. Der Landtag soll für den Verkauf von fünf Millionen Mark. Der Landtag soll für den Verkauf von fünf Millionen Mark. Der Landtag soll für den Verkauf von fünf Millionen Mark.

Verfassungsänderung in Schweden?

In der schwedischen Verfassung befindet sich eine Bestimmung, wonach dem König das Recht zusteht, Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen. Diese Bestimmung, die im Jahre 1809, da die jetzige Regierungsform eingeführt wurde, in die Verfassung kam, unterscheidet sich von der früher geltenden dadurch, dass die Erklärung des Krieges notwendig war, ehe der Krieg erklärt werden konnte. Gustav Adolf II., dessen Reichsunternehmungen dem Lande ungeheure Summen kosteten, wurde von den Ständen gezwungen, dieses Zugeständnis zu machen. Das aber, was im Anfang des 18. Jahrhunderts noch auf die Verfassung beschränkt wurde. Im Jahre 1789, nach dem Tode Gustav Adolf II., wurde ein Verfassungsgesetz erlassen, das die Verfassung in der Weise änderte, dass der König nicht mehr allein die Verfassung bestimmen konnte, sondern dass die Verfassung durch den Landtag bestimmt wurde. Dieser Landtag besteht aus den Riksdagen, die aus den vier Ständen (Adel, Geistlichkeit, Bürger und Bauern) bestehen. Der Landtag hat die Befugnis, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Diese Bestimmung ist in der Verfassung festgelegt. Der Landtag hat die Befugnis, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Diese Bestimmung ist in der Verfassung festgelegt.

Ein Abbruchsvorschlag im norwegischen Storting.

Bei der Beratung des Militärbudgets im Ausschuss für militärische Angelegenheiten wurde ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, das Militärbudget zu kürzen. Der Antrag wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht. Der Antrag wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht. Der Antrag wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht.

Vorgänge im fernem Osten.

Aus Tokio meldet die Agence Havas: Kriegsminister General Oka ist zurückgekehrt. Das Amt führt ein Stellvertreter General Oka. Der General Oka ist zurückgekehrt. Das Amt führt ein Stellvertreter General Oka. Der General Oka ist zurückgekehrt. Das Amt führt ein Stellvertreter General Oka.

Preussisches Herrenhaus.

8. Sitzung. Freitag, den 31. März, 11 Uhr.

Vizepräsident: Herr v. Schölerer, Siedow, v. Zedlitz.

Das Gesetz, betreffend die Dienstverhältnisse der Beamten des Reichs, Landes und kommunalen Verwaltungen, wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Das Gesetz, betreffend die Dienstverhältnisse der Beamten des Reichs, Landes und kommunalen Verwaltungen, wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Das Ergänzungsgesetz auf Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen wird ebenfalls einstimmig angenommen. Der Bericht des Reichsausschusses über die Verwaltung für 1914 wird einstimmig angenommen. Der Bericht des Reichsausschusses über die Verwaltung für 1914 wird einstimmig angenommen.

In dem Gesetzentwurf auf Verhinderung weiterer Staatsmittel für die im Ausland befindlichen Wasserstraßen wird eine Resolution des Oberbürgermeisters von Berlin angenommen. Die Regierung wird ersucht, auf dem möglichst baldigen Ausbruch des zweiten Weltkriegs des Hohenzollernschen Reiches nach Vermeidung des Krieges dem gegenseitigen Verstandnis gemäß festzuhalten.

Es folgen Petitionen. Eine Petition des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation fordert Ablehnung des kommunalen Frauenwahlrechts.

Generaloberst Dr. Meubert: Die Erfahrungen, die in Amerika und Australien mit dem Frauenwahlrecht gemacht worden sind, sprechen gegen das Frauenwahlrecht. Der nationale Wert der Frau bleibt die Mutterpflicht. Das Frauenwahlrecht hat der Menschheit noch keinen Segen gebracht. Wobey der Weg zeigt, zeigt eine Ablehnung der „Börsen“, dass in Norwegen die Frauen die beste Lösung haben, Mütter werden zu können. (Beifall.)

Generaloberst Dr. Meubert: Wir sollten der Kommission folgen und die Erhebung dieser sehr schwierigen Frage vermeiden. Die Ausführungen des Reichsausschusses werden durchsichtiger nicht überdies in diesem Hause gestellt. Es bedeutet einen schiefen Dank gegenüber den außerordentlichen Leistungen unserer Frauenwelt, wenn einseitig und ohne dass sie zur Rede kommen, überhandnehmend aufgestellt werden, die zum größten Teil ihren Vätern zu verdanken. Ich stelle mich keineswegs auf den Boden der Gegenseite, die unmittelbar oder mittelbar Beteiligung der Frauen in den öffentlichen Angelegenheiten verlangt, halte es aber für richtig, zu betonen, dass in weiten Kreisen des deutschen Volkes Ängste gehegt werden, die sich mit denen des Reichsausschusses nicht vereinigen lassen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Eine Petition, betreffend Einführung der deutschen Sommerzeit zum 1. Mai 1916 (zurückgestellt auf einen anderen Tag), wird der Regierung zur Erörterung überlassen.

Eine letzte Petition des Ausschusses der Väter der Kriegspräsidenten wünscht Erklärung des Reichsausschusses an die bei Kriegsausbruch in das Reich eingewanderten Unternehmern höherer Verhältnisse unter Erlass der Militärpflicht.

Verichterichter Prof. Dr. Klein-Schilling beantragt Uebertragung der Tagesordnung auf Mittwoch auf die Beratung der Erklärung des Reichsausschusses an die bei Kriegsausbruch in das Reich eingewanderten Unternehmern höherer Verhältnisse unter Erlass der Militärpflicht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Altona.

Gesamtbildung im Rathaus.

Die städtischen Kollegien haben am Freitag den Haushaltsplan für 1916 verabschiedet. Der Haushaltsplan für 1916 wird einstimmig angenommen. Der Haushaltsplan für 1916 wird einstimmig angenommen.

Der Haushaltsplan für 1916 wird einstimmig angenommen. Der Haushaltsplan für 1916 wird einstimmig angenommen. Der Haushaltsplan für 1916 wird einstimmig angenommen.

Senator Dr. Rosenkrantz tritt der Auffassung entgegen, als ob der Etat in sehr geringer Höhe. Die bisherigen Grundstücke sind nicht außer Kraft gesetzt worden.

Genosse Wilschlag stellt den Etat als einen Notetat an und meint, auf längere Erweiterungen könne man verzichten. Die Lebensmittelpreise als eine der dringenden Fragen, die uns bewegen, bedarf aber noch besonderer Behandlung. Auch unter dieser Voraussetzung, dass die Lebensmittelpreise noch steigend sind, ist es unmöglich, sie zu erreichen. Die Zentralgewalt muss durchgreifendere Maßnahmen treffen. An den Erhebungen, die sich bei der Ratifizierung der Verträge zeigen, muss man sich nicht wundern. Es ist unter der Bedingung der Ratifizierung der Verträge, dass man sich nicht wundern muss. Es ist unter der Bedingung der Ratifizierung der Verträge, dass man sich nicht wundern muss.

Genosse Kabisch wendet sich zunächst gegen die Steuerwünsche des Reichsausschusses, dann die Ausführungen des Reichsausschusses. Die Steuerwünsche des Reichsausschusses sind nicht zu billigen. Die Steuerwünsche des Reichsausschusses sind nicht zu billigen. Die Steuerwünsche des Reichsausschusses sind nicht zu billigen.

Der Etat wurde einstimmig angenommen. Auf Einzelheiten kommen wir noch zurück. Der Etat wurde einstimmig angenommen. Auf Einzelheiten kommen wir noch zurück. Der Etat wurde einstimmig angenommen. Auf Einzelheiten kommen wir noch zurück.

Kleine Chronik.

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am Freitag in Neustadt. Auf der Strecke zwischen Neustadt und Hamburg ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Auf der Strecke zwischen Neustadt und Hamburg ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Auf der Strecke zwischen Neustadt und Hamburg ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall.

Landgericht.

Strassammer II. 31. März.

Ein geriebener Schwindler. Am November 1915 kam der angeklagte Kaufmann Heinrich Ritzke von Hamburg nach Hamburg. Unter dem Namen Herbert Ritzke und unter Vorlegung einer auf diesen Namen lautenden Bescheinigung, nach dem er angeblich ein Kapital von 20.000 Mark besitzt, meldete er sich an einem Kontor am Alten Steinhof 73. Sodann verlangte er etwa 10.000 Mark für seine Ausreise, in denen er zum Ankauf von Waren und Waren auftrug. Der Richter wies er in dem Formular auf die vom Bundesrat erlassene Bestimmung betreffend die Beschlagnahme von Waren mit dem Hinweis, dass er durch große Schwierigkeiten in der Lage sei, Waren zu einem billigen Preise zu kaufen. Bei einzelnen Beschlagnahmen von Waren und Waren forderte er die Beschlagnahme von Waren und Waren. Der Richter wies er in dem Formular auf die vom Bundesrat erlassene Bestimmung betreffend die Beschlagnahme von Waren mit dem Hinweis, dass er durch große Schwierigkeiten in der Lage sei, Waren zu einem billigen Preise zu kaufen.

Kriegsepidemien.

Im Kampf mit den Russen.

Wir hatten Befehl erhalten, hartnäckig verbleibende Wunden zu heilen und im Hinblick darauf ein Dorf zu räumen. Gegen 9 Uhr begann unsere Artillerie zu schießen. Es folgte ein heftiger Kampf, immer heftiger werdend. Gegen 11 Uhr wurde der Ort verlassen. Der Ort wurde verlassen. Der Ort wurde verlassen. Der Ort wurde verlassen.

Ungefähr zwei Stunden nach dem Feuerwechsel angehalten haben, als wir den Befehl erhielten: „Zum Sturm fertig!“ Nach wurde die Drahtverbindung von den Russen durchschnitten und los ging es, heraus aus dem Schützengraben dem Feinde entgegen. Die Gruppenführer trotz des Regens immer 10 bis 20 Schritt voraus, genau, wie bei einer Gefechtsübung im Frieden. Die Gruppenführer trotz des Regens immer 10 bis 20 Schritt voraus, genau, wie bei einer Gefechtsübung im Frieden.

Ungefähr zwei Stunden nach dem Feuerwechsel angehalten haben, als wir den Befehl erhielten: „Zum Sturm fertig!“ Nach wurde die Drahtverbindung von den Russen durchschnitten und los ging es, heraus aus dem Schützengraben dem Feinde entgegen. Die Gruppenführer trotz des Regens immer 10 bis 20 Schritt voraus, genau, wie bei einer Gefechtsübung im Frieden. Die Gruppenführer trotz des Regens immer 10 bis 20 Schritt voraus, genau, wie bei einer Gefechtsübung im Frieden.

Die russischen Truppen, die in den Schützengräben lagen, wurden von uns mit Artillerie beschossen. Die russischen Truppen, die in den Schützengräben lagen, wurden von uns mit Artillerie beschossen. Die russischen Truppen, die in den Schützengräben lagen, wurden von uns mit Artillerie beschossen.

Die russischen Truppen, die in den Schützengräben lagen, wurden von uns mit Artillerie beschossen. Die russischen Truppen, die in den Schützengräben lagen, wurden von uns mit Artillerie beschossen. Die russischen Truppen, die in den Schützengräben lagen, wurden von uns mit Artillerie beschossen.

der Dunkelheit, dass unter 2 Bataillon und das Nachbar-Regiment links von uns, aus dem dahinterliegenden Wald zum Sturm vorgingen. Wir unterhielten den Angriff durch lebhaftes Plankfeuer; der Angriff hatte den Erfolg, dass sich fast sämtliche russischen Reihen und die links neben und liegenden, zusammen etwa 800 Mann, gefangen gaben.

Es war bereits Abend geworden. Der Hauptweg war erreicht, nämlich das Dorf zu besetzen. Am anderen Morgen ging unser Regiment in breiter Schwarmlinie vor, jedoch fiel kein Schuss mehr; der Russe hatte nach dem Verluste des Dorfes den Rückzug angetreten. Es war bereits Abend geworden. Der Hauptweg war erreicht, nämlich das Dorf zu besetzen. Am anderen Morgen ging unser Regiment in breiter Schwarmlinie vor, jedoch fiel kein Schuss mehr; der Russe hatte nach dem Verluste des Dorfes den Rückzug angetreten.

Kriegsdepeschen.

Der deutsche Heeres- und Munitionserfolg.

22. Berlin, 31. März. Im Hauptausdruck des Reichstages machte der stellvertretende Kriegsminister v. Bodel u. a. eine Reihe vertraulicher Ausführungen über unsere Verhältnisse, Erfolgsverhältnisse und Munitionserfolg, die bewiesen, dass wir mit vollem Vertrauen der weiteren Entwicklung des Krieges entgegengehen können.

Die Arbeiterschwierigkeiten in England.

22. London, 31. März. Der Munitionsminister macht bekannt, dass, weil großer Mangel an Arbeitern für dringende Arbeiten bei der Regierung herrscht, neue Bauarbeiten nicht in Angriff genommen werden sollen, ohne dass vorher das Munitionsministerium befragt worden ist.

22. Glasgow, 29. März. „Daily Telegraph“ meldet, dass die Arbeiterunruhen in den kassierten kontrollierten Werken ein kritisches Stadium angenommen haben. Die Beamten der Gewerkschaft, der Arbeiterunruhen angehängt, versuchen alles, sie zur Mäßigkeit zu bringen, doch wird ihre Haltung nicht mehr anerkannt.

22. Liverpool, 31. März. John Laing, Generaldirektor der Arbeit, hat die Arbeit zu geben. Die Ursache des Streiks ist, dass die Entlohnung über die Lohnforderungen für Lieferungen noch immer nicht gefällt ist. Auch auf den Werken der White Star Line, Alton-Leith und anderen Linien ist die Arbeit eingestellt.

22. London, 31. März. Ein Teil der Maschinenbauer der Werke von Harland und Wolff in Belfast ist in London getreten als Protest dagegen, dass sie einen großen Teil angelernter oder halb-angelernter Arbeiter übernehmen haben.

22. London, 31. März. In der Verhandlung vor dem Munitionsrat, das, wie gemeldet, 22 Streiker zu einer Geldbuße verurteilt, erklärte der Arbeitervertreter Mitchell, es sei wenig Aussicht auf eine Beendigung des Ausstandes vorhanden, so lange nicht sechs der verurteilten Streiker freigelassen werden. Mitchell erklärte: Sechzehn repräsentierten die Arbeiter vielleicht 8000 Arbeiter, morgen können es 30.000 sein. Er erklärte ferner, dass die Angaben, die der Vertreter der Regierung im Unterhause gemacht hat, unrichtig seien. Das Streikkomitee veröffentlichte eine Erklärung, worin es heißt, dass die gemeldeten Streiks spontanen Ursprungs waren. Es sei die Aufforderung der betreffenden Gewerkschaften.

Phantastische Gerüchte aus Holland.

22. Amsterdam, 31. März. Heute wurden telegraphisch alle Nachrichten der Offiziere und Mannschaften der Land- und Seemacht, außer denen, welche vom Kriegs- und Marineministerium erteilt worden sind, zurückgezogen. — Aus dem Haag wird hierzu gemeldet: Wie das Korrespondenzbureau erzählt, wird vorläufig bei der Land- und Seemacht kein Urlaub mehr erteilt werden. Die höchsten Stellen der Land- und Seemacht hielten heute eine wichtige Konferenz ab. Der Minister des Innern hatte heute eine Unterredung mit dem Direktor des Kabinetts der Königin und mit dem Minister des Reichs. Wie verlautet, soll eine geheime Sitzung der Zweiten Kammer unmittelbar bevorstehen.

22. Amsterdam, 31. März. Das „Handelsblad“ meldet: Die Güterwagen, die seit dem 1. August 1914 zur Verfügung der Militärbehörden gestellt worden mussten, aber seither vorübergehend freigegeben waren, wurden heute von den Behörden requiriert. Wagon, die heute um 6 Uhr abends zur Verfügung gestellt waren, wurden noch beschlagnahmt, die anderen wurden wieder ausgeliefert.

22. Amsterdam, 31. März. Der „Telegraaf“ meldet aus dem Haag, dass die Regierung alle Güterwagen zum Fortfahren der Militärzüge requiriert habe. Dem Haag Korrespondenzbureau wird von maßgebender Seite mitgeteilt, dass die Verträge, wonach alle erteilten Urlaube zurückgezogen und alle Güterzüge requiriert worden seien, vollständig unrichtig ist. Es wird hinzugefügt, dass es nicht möglich ist, alle phantastischen Gerüchte zu bementieren.

22. Amsterdam, 31. März. „Nieuws van den Dag“ schreibt in einem Artikel über die offiziellen Bekanntmachungen, dass die Land- und Seemacht eingezogen wurden, dass die militärischen Behörden eine wichtige Konferenz abhielten, der Minister des Innern mit dem Direktor des Kabinetts der Königin und dem Minister des Reichs eine Unterredung hatten und dass eine geheime Sitzung der Zweiten Kammer unmittelbar bevorstehe. Unsere Leser werden wissen wollen, was diese Gerüchte zu bedeuten haben, die an sich gar nicht sind, Ursache herbeizuführen. Wie selbst aber stehen sie jetzt im Dunkel.

Offenbar deuten diese Mitteilungen auf eine mögliche Spannung unserer Beziehungen zum Auslande hin. Diese kann uns direkt angehen, sowohl Beziehungen zu dem Kriege in Europa haben, als auch Zahlen betreffen. Sondern aber ist, dass gerade in diesem Augenblick die Lage, was den Unterhause betrifft, günstig wie möglich aussieht. Jetzt, wo die Unterhause in den deutschen Reichstagen mit einem Siege der Regierung, das will sagen, der gemäßigten Parteien, endigt. In der Budgetkommission des Reichstages wurde ja, wie in unserem Morgenblatt gemeldet, der Antrag angenommen, der die Verabschiedung der berechtigten Interessen der Neutralen empfiehlt. Auch die deutsche Presse scheint die Lage so zu beurteilen, dass die Neutralen damit zufrieden sein können. Die internationalen Beziehungen können aber auch indirekt unser Land betreffen und zu Schwierigkeiten, wie den oben gemeldeten, führen. Wie hoffen, dass unsere Regierung sehr bald höhere Aufklärung gibt. Jedenfalls scheint man aus dem Wortlaut der Mitteilungen der Zweiten Kammer über die Unklarheiten entgegen zu können, dass man keine unmittelbare Krise erwartet.

22. Amsterdam, 31. März. „Nieuws van den Dag“ schreibt: Eine unmittelbar drohende Kriegsgefahr scheint nicht zu bestehen. Mit der „Tribuna“ -Angelegenheit hat die entsprechende Unruhe absolut nichts zu tun. Sie hat ihre Ursache in dem „altenen Kriegsplan“, der jetzt nach Informationen, die aus Amsterdam in eine Halle eintrifft oder eintrifft, die in unserm Lande durch den Krieg sehr beunruhigt werden. Das scheint, was die Regierung offenbar beabsichtigt, wodurch wir aber keinerlei Schwierigkeiten haben könnten, innerhalb einer Woche oder eines Monats eintrifft, ob dann nur für unser Land im allgemeinen der kritische Zustand bestehen wird, wissen wir nicht. Wie wagen nur die Vermutung auszusprechen, dass eine Veränderung in der Lage, die für möglich gehalten wird, eine Folge der vorgeschriebenen Konferenz der Verbündeten in Paris sein könnte. Mit dieser Vermutung liegt sich auch die Möglichkeit der Beförderung, wie sie heute verbreiteten Nachrichten her-

beruht, erklären. Schon gestern nachmittag müssen Befürchtungen im Ministerium stattgefunden haben, die zu einer Beratung der Regierung mit den höchsten militärischen Stellen führten und dass man dazu die Abhaltung einer geheimen Sitzung der Zweiten Kammer in Erwägung zog. Letztere findet vermutlich nicht vor dem 4. April statt.

Äthiopische Nachrichten aus Mesopotamien.

22. Konstantinopel, 31. März. „Tasarrufat“ veröffentlicht einige Erzählungen einiger Jünger von der Front, die sich über die Verhältnisse in der Provinz Amara u. a. folgenbarmachen. Welche Verluste der General Kaimar, Amara zu entsetzen, haben die Gesamtverluste der Äthiopen in Höhe von 850 Mann nicht überschritten. Ein gelangener Major der englischen Armee sprach seine Bewunderung über die Genauigkeit des äthiopischen Berichtes aus. Dass die Belagerung Amaras sich in die Länge zieht, ist der Beschaffenheit des Geländes zuzuschreiben, das vollkommen nach ist.

Neueste Nachrichten.

Ein- und Durchfuhrverordnungen.

22. Berlin, 31. März. Der Reichsausschuss veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Durchfuhr von Waren aus dem Ausland. Die Bekanntmachung betrifft die Durchfuhr von Waren aus dem Ausland. Die Bekanntmachung betrifft die Durchfuhr von Waren aus dem Ausland.

Der Postvertrag mit Österreich gekündigt.

22. Berlin, 31. März. Im Staatsrat wurde der Postvertrag mit Österreich gekündigt. Der Postvertrag mit Österreich gekündigt. Der Postvertrag mit Österreich gekündigt.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

22. Berlin, 31. März. Der Generalgouverneur Belgiens, Freiherr von Baring, hat den belgischen Senat um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ersucht. Der Generalgouverneur Belgiens, Freiherr von Baring, hat den belgischen Senat um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ersucht. Der Generalgouverneur Belgiens, Freiherr von Baring, hat den belgischen Senat um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ersucht.

Schickt den im Felde Stehenden das „Hamburger Echo“!

Das Echo ist ein sozialdemokratisches Zeitung ist den Angehörigen des Heeres und der Marine gesandt.

Das „Echo“ kann den im Felde Stehenden von den Angehörigen als Zeitungsbeilage zugesandt werden. Zeitungsbeilage bis 60 Gramm sind portofrei. Auch nimmt die Expedition des „Hamburger Echo“, Hamburg 26, Fehlandstraße 11, Bestellungen entgegen zum Bezugspreis von 1,30 monatlich.

Zahlungen aus dem Felde sollte man nur durch Postanweisungen leisten und gewöhnlichen Briefen werden Geldscheine noch Marken beifügen. Für gewöhnliche Briefe mit Wertmarken, die in Berlin gerufen können wir nicht auskommen.

Sodann weisen wir noch darauf hin, dass der Bezugspreis nicht im Voraus zu entrichten ist, also auch bei der Änderung der Bezugszeit. Bei nicht rechtzeitigen Eingangs des Bezugs in letzterem Falle nehmen wir an, dass unsere Zeitung nicht weiter bezogen werden soll und müssen wir dann zu unserer Bedauern die Kündigung einleiten.

Briefkasten.

Sprechstunde der Redaktion

ist nur vom 10 bis 12 Uhr und nachm. von 6 bis 8 Uhr. Telefonische Auskunft wird nicht erteilt.

1. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 101. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 101. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

2. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 2. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 2. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

3. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 3. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 3. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

4. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 4. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 4. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

5. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 5. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 5. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

6. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 6. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 6. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

7. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 7. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 7. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

8. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 8. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 8. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

9. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 9. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 9. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

10. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 10. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 10. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

11. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 11. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 11. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

12. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 12. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 12. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

13. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 13. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 13. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

14. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 14. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 14. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

15. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 15. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 15. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

16. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 16. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 16. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

17. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 17. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 17. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

18. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 18. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend. 18. B. Berlin, 31. März. Es ist und werden Sie den Anspruch geltend.

(Für den Anzeigenteil ist die Redaktion dem Publikum nicht verantwortlich.)

Alter Steinweg 15.

Sonabend, den 1. April 1916.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Behlendorfstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Parteilagenoffen!

Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, wie sich die aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschiedene Gruppe der Rechten nennt, erklärt im „Vorwärts“ einen Aufruf an die Parteilagenoffen, der nicht ganz unmissverständlich bleiben kann, da er eine Reihe zur Irreführung der Parteilagenoffen geeignete Behauptungen enthält.

Die 18 Separatisten erklären, daß sie tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt wurden. Das ist eine Spiegel-Reflexion. Sie lehnen ab, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen die Zugehörigkeit zur Fraktion auferlegt, und begaben sich dadurch selbst der Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen. Die Rechten haben gewußt, daß ihr hinterhältiges Vorgehen die Sprengung der Fraktionsgemeinschaft zur Folge haben mußte. Ein Blatt der Minderheit schreibt ganz richtig: „Das Vorgehen ohne Beachtung der Fraktionsgemeinschaft war tatsächlich schon die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft.“ Die Gruppe der Rechten sollte doch so ehrlich sein und zugeben, daß sie den Bruch gewollt hat.

Die erneute Sonderaktion soll kein Disziplinbruch sein? Doch nur für die, die der Auffassung sind, daß sich die Mehrheit dem Terrorismus der Minderheit zu beugen hat. Sie soll kein Treubruch sein? Ja, warum haben denn selbst Mitglieder der Fraktion, die sachlich den Standpunkt der Minderheit teilen, dieses Vorgehen als heimtückisch bezeichnet? Nur durch das treulose Verhalten der Rechten wurden jene bedauerlichen Szenen provoziert, über die der Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft“ sich jetzt enträuselt, statt sich selbst anzuklagen.

Die Sonderaktion nimmt für sich das Monopol auf eine selbständige grundsätzliche sozialdemokratische Politik in Anspruch. Hierüber wird der nächste Parteitag zu entscheiden haben, der ohne Zweifel befähigt wird, daß eine sozialdemokratische Partei, die die Notwendigkeit der Landesverteidigung anerkennt, nicht anders handeln dürfte, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Kriegszeit gehandelt hat.

Die Sonderaktion behauptet, daß ihr Auftreten das Ansehen der Partei im In- und Auslande hebe. Im Inlande? Die Entrüstung, die das Auftreten der Rechten in der Partei hervorrief, liefert den Gegenbeweis. Im Auslande? Doch nur bei denen, die ihre Hoffnung auf den Zwiespalt der Partei und die innere Zerrüttung des deutschen Volkes setzen. Wer das Auftreten der Rechten unbefangenen beurteilt, der wird unserem deutschen Bruderorgan „Sozialdemokraten“ recht geben, das als Folge der Spaltung eine Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Frieden und eine Verlängerung des Krieges befürchtet.

Wie eine Verhöhnung der Arbeiter Klingt es, wenn behauptet wird, daß das Auftreten der Rechten nicht spaltend und zerstörend, sondern sammelnd und organisatorisch wirkte, daß es geeignet sei, das Proletariat für schwere Kämpfe stark zu machen. Nur wer das deutsche Proletariat täuschen will, kann ihm einreden, daß es durch Spaltung und Zerrüttung der Partei stark werde für schwere Kämpfe.

Die Sonderorganisation ist keine Vertretung der Partei. Unser Organisationsstatut kennt im Reichstag nur eine parlamentarische Vertretung: die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Wer die Partei stark erhalten will, muß alle, die das Gefüge der Partei untergraben und die einfachsten Gebote der Demokratie mit Füßen treten, energisch in die Schranken weisen. Nur so können wir unseren kämpfenden Genossen draußen die Partei erhalten, die ihr Stolz war und auf die sie ihre Hoffnung für die Zukunft setzen.

Genossen! Hund Jahre lang haben wir die Arbeitermassen unter jener Fahne gesammelt mit der Parole: Einigkeit macht stark! Dabei soll und muß es bleiben.

Berlin, den 30. März 1916.

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Parteinachrichten.

Anschluß an die Erklärung Albrecht.

Im „Vorwärts“ wird mitgeteilt: Der Erklärung der Genossen Albrecht-Simon schließen sich an die Genossen Baubert, Brandes, Gwald, Hugel, Schilling. Der Genosse Schilling war durch seine Tätigkeit als Schiffsführer verhindert, bei der Abstimmung über den Antrag der Sitzungsausschüsse, Brandes und Hugel waren verhindert, an der Abstimmung in der Fraktion teilzunehmen.

Umtriebe.

Im „Vorwärts“ wird im Anschluß an den neuen Aufruf des Parteivorstandes und in Polemik dagegen die Behauptung des „guten Zons“ geäußert und gesagt, wenn die Mehrheit so fortfähre, so erwende sie den Ansehen, daß es ihr um die Entfesselung von Kämpfen zu tun sei, die zu dauernder Verbitterung und Zerrüttung der Partei führen müßten. So der „Vorwärts“, der sich selbst Zeit beizulegen hat, um die Spaltung zu fördern. Den Worten dieses Minderheitsorgans seien die Tatsachen gegenübergestellt, die dort ausgeführt werden, wo die Anhänger der Minderheit das Liebergeheimnis in den „Anstalten“ (wie in der Oppositionsliste so gern gesagt wird) haben.

An ihre Leser im Hanauer Wahlkreis richtet die Geschäftsleitung der „Vorwärts“, „so daß für den Bezirk anerkannten Parteiorgan“, folgende Erklärung: „Wir wir aus einem Zirkular des Parteivorstandes an die Vertrauensleute ersuchen, verlangt er, daß die Vertrauensleute unter allen Umständen versuchen sollen, die Träger der „Vorwärtsstimme“ abzuwehren. Es soll aber darauf geachtet werden, daß nicht etwa ein bürgerliches Blatt an Stelle der „Vorwärtsstimme“ eintritt. Natürlich haben die meisten Träger dieses Ansehens abgelehnt, denn sie sagen sich mit Recht, was kann ein so entfernt liegendes Blatt, das sich mit zwei Tagen Verspätung in die einzelnen Orte gelangen kann, unsere Interessen, zumal in letzter, so bewegter Zeit. Einige Träger in kleineren Orten haben — wie sie selbst und die weitere Ausbreitung abgelehnt, jedoch bezeichnenderweise aus dem Grunde, weil wir den Unkommenspreis erhöhen müßten. Und da glaubt die Geschäftsleitung, die einzelnen Genossen würden lieber 1.80 für den „Vorwärts“ bezahlen.“

In dem Zirkular wird weiter gesagt: „Wir haben als Hanauer Wahlkreis, genau wie die anderen Wahlkreise, die Geschäftsleitung unserer Organisation unter allen Umständen durchzuführen und demgemäß ist von allen Genossen die „Vorwärtsstimme“ ab 1. April abzuschließen.“

Wir können unsere Leser hierzu mitteilen, daß dies Vorgehen nur im Hanauer Wahlkreis stattfindet, was ja bei dem Standpunkt der leitenden Personen nicht zu verwundern ist. Die anderen Kreise haben eine Befähigung der „Vorwärtsstimme“ abgelehnt und haben besonders abgelehnt, für eine der vorgenannten linksradikalen Blätter zu agitieren. Abstellungen aus anderen Wahlkreisen sind daher nur ganz verschwindend erfolgt.

Merken wollen wir noch einmal nachdrücklich, daß alle Gerüchte, die die „Vorwärtsstimme“ abzuwehren wollen, sich nicht mehr, die in einigen Orten des Hanauer Wahlkreises verbreitet werden, natürlich nur böswillige Erfindungen sind.

Alle diejenigen Leser, die unser Blatt weiter abonnieren wollen, die aber durch die Weigerung der Träger die „Vorwärtsstimme“ nicht bekommen können, ersuchen wir, uns ihre Adresse zukommen zu lassen, wir werden ihnen auf irgend eine Weise unser Blatt weiter senden.

Sollte die Abweisung der Träger eine förmliche Form annehmen, so behalten wir uns weitere Schritte gegen die betreffenden Personen vor.“

So liegen die Dinge dort, wo die angeblich bergemähte Minderheit zufällig in der Wahlkreisorganisation ihre Anhänger in den leitenden Stellen hat.

Zunehmender dem Chaos zu!

Die „Vorwärts-Vergewaltigung“ kann sich in Anspruch nehmen, am offensichtlichsten, was eigentlich die Forderung der Spaltung treibt. In ihrer neuesten Nummer bringt sie einen Artikel, in dem ganz im Geiste des Mabel-Parabellum-Sobellismus und Panneföckens vom „Sozialparteilismus“ der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesprochen und von der „Arbeitsgemeinschaft“ verlangt wird, dagegen scharf aufzutreten. Zum Schluß des Artikels heißt es:

Die Konstituierung einer selbständigen Fraktion nötigt die Minderheit, sich den Sozialparteilisten in allen Fragen entgegenzusetzen, sie täglich zu bekämpfen. Das wird den Genossen die wichtigsten Elemente der Minderheit die Gelegenheit geben, den radikalen Standpunkt zu entwickeln. Es wird die radikalen Elemente nötigen, sich öffentlich zu äußern, die Unmöglichkeit des Kampfes mit den Sozialparteilisten vom Standpunkt der Reichstagsfraktion verteidigung und des Sozialismus zu demonstrieren. Indem aber die Minderheit genötigt sein wird, sich an die Waffen zu wenden, wird sie dem Parlamentarismus diejenige Bedeutung zukommen lassen, die er vom Standpunkt des Sozialparteilismus aus hat. Dabei kommt es nicht so sehr auf die Fraktionsangelegenheiten an, sondern auf die Entschiedenheit, mit der die parlamentarische Kampf geführt wird. Und damit wird gleichzeitig der Kampf um den Sozialismus auf den Boden gestellt, auf dem er einzig und allein ausgetragen werden kann. Sollte die Minderheit jedoch zu sehr an den alten Traditionen des Zentrums, an den Traditionen des Kompromisses mit dem Opportunismus, an den Traditionen des Parlamentarismus als eines Mittels zur Verwirklichung der Massenfragen, sollte auch sie wieder der Sorge um die parlamentarische Ausgestaltung verfallen und das Hauptgewicht auf die

Sammlung aller möglichen und unmöglichen oppositionellen Elemente, statt von vornherein auf die Entschiedenheit des Kampfes zu setzen, dann wird sie sehr schnell abgewiesen und der entchiedenen Minderheit in der Minderheit den Platz räumen: den Entschiedenem um Liebestadt.

Ein angesehener holländischer Parteigenosse, der wichtige Vertrauensmann innehat, schrieb uns dieser Tage: Als ständiger Leser Ihres Blattes schreibe ich Ihnen einen kleinen Beitrag anlässlich Ihres Artikels in Nr. 78 über die Schulmeister in Amsterdam und Bern. Folgendermaßen dient der Bremer Genosse als Warnung: Folgendermaßen sagt unser Amsterdamer Genosse:

Die Bremer Genossen, die unter der Führung des Genossen Henke die Landesvereidigung jetzt abgeschlossen haben, freuen sich also, daß das „marginalistische Organ“ der radikalen holländischen Genossen, die „Tribüne“, seinen Segen dazu gegeben hat. Die Bremer Genossen könnten meinen, daß dies vielbedeutend ist, und vielleicht die Schlussfolgerung daraus ziehen, daß man in Holland im allgemeinen diesen „radikalen“ Vorstoß bejubelt. Aber sie irren sich. Die „radikalen“ holländischen Genossen von der „Tribüne“ sind eine kleine, vollständig einflusslose Gruppe, welche seit dem Krieg kaum mehr von den Anarchisten in Holland zu unterscheiden ist. Diese „Schulmeister“ haben vor dem Krieg zum Beispiel die Förderung der Willig in ihrem Programm gehabt, sobald der Krieg ausbrach, haben sie diese Förderung aus ihrem Programm entfernt; nur für den Fall der „sozialen Revolution“ soll noch für diese Anarchisten-Marginalisten die Bemerkung gelten sein! Aber es wird noch etwas besser, und die Bremer Genossen können erfahren, daß die holländischen „Radikalen“ der ganzen Welt seit länger als einem Jahr in Holland noch eine andere „radikale“ Gruppe, eine neue Seite, die sich „Revolutionär-sozialistischer Verband“ nennt. Die holländische Führung dieser neuen „revolutionären“ Seite hat Frau Roland-Doll. Diese Seite hat sich auch an der Konferenz von Zimmerwald beteiligt, welche aber für die „S. D. P.“, die Partei des Genossen Panneföck u. a. „nicht weit genug“ in ihren Verschlüssen gegangen ist. Jetzt aber sollen die beiden „revolutionären“ Gruppen, die einander eine Zeitlang in revolutionärem Geiste mehr oder weniger abtrümpelten, sich „zusammenschließen“ werden. Das ist, sollte man meinen, nicht so weiterführend. Aber es wird doch die Genossen in Deutschland, und besonders in Bremen, daran interessieren. Denn die Gruppe Roland-Doll hat in dieser Kriegszeit eine „neue Waffe“ zur Bekämpfung des Militarismus propagiert, und diese ist die Dienstverweigerung, sowohl individuell als in Massen. Das ist die neueste Waffe der „radikal-marginalistischen“ Taktik in Holland, die die Schulmeister erst die deutschen Arbeiter, dann auch die internationalen lehren wollen. Die Bremer Genossen können hieraus sehen, wohin die Reise geht!

Braunschweigisches.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Am Donnerstagabend fand in drei vom Ortsvereinsvorstande Braunschweig einberufenen Bezirksversammlungen — moran sechs Bezirke von den 16 am Orte bestehenden Bezirken teilnehmen — eine Stellungnahme und Aussprache über die letzten Parteiverträge und das Verhalten der Ortsleitung und des Parteivorstandes. „Vorwärts“ statt. Fast alle Funktionäre beteiligten sich in diesen Bezirken an dieser Aussprache und Auseinandersetzung, wobei durch die Arbeitersekretäre Steinbrecher und Kogler, dem „Vorwärts“-Mitarbeiter, die Haltung der Ortsleitung und des Parteivorstandes besonders scharf nachgewiesen wurde; sie verurteilten die Haltung des Parteivorstandes, in den äußeren Agitation und Steintor-Bezirken, wo 25 Funktionäre und Genossen amfand waren, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die Bezirksversammlung des äußeren Agitation und Steintor-Bezirks erkläre in der Schriftleitung des „Vorwärts“ eine außerordentliche Gefahr für die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei im Gesamtprogramm. Sie hält die Haltung des „Vorwärts“ für ein schweres Hindernis einer wirksamen Agitation und stellt dem Ortsverein begut, bei der Landesorganisation den Antrag, daß der „Vorwärts“ im Sinne der von der Parteileitung verfolgten Politik redigiert wird. Nur dadurch kann eine schwere Schädigung der Parteileitung, des Parteivorstandes und Parteigeschäfts vermieden werden.“ Wir beantragen die Abhaltung einer besonderen Mitgliederversammlung mit einem Referenten und Korreferenten, an der auch ein Mitglied des Parteivorstandes teilzunehmen hätte.“

Ferner wurde von den Funktionären erklärt, daß erst nach der in der Resolution gewünschten Verammlung in die weitere Agitation am Orte eingetreten werden sollte. Es soll klargestellt werden, für welche Parteileitung noch gearbeitet werden sollte, wenn das Parteivorstand und der Vorstand am Orte für die Minderheit wirken, womit sich die Funktionäre nicht einverstanden erklärten.

Beweismaterial.

Im sozialdemokratischen Organ für Ostpreußen, der „Königsberger Volkszeitung“, wurde der Abgeordnete von Königsberg, Daafe, aufgefordert, das Beweismaterial zu erbringen für die Behauptung, daß schon vor einem Jahr die deutsche Regierung hätte Friedensverhandlungen haben können. In einem Artikel desselben Blattes sagt der Abgeordnete nun:

Genosse M. fordert mich heraus, vor aller Öffentlichkeit den Beweis zu erbringen, wie in England im April 1915 über Friedensverhandlungen geredet wurde. Jetzt, nach dem Erscheinen seines Artikels, bin ich in der Lage gewesen, ihm zu dem bisherigen Beweismaterial noch ein weiteres beizubringen. Worauf wiederum M. nachmalig eingegangen:

Es kommt nicht darauf an, daß mir „Beweismaterial“ zugeht, sondern daß die ganze Welt davon erfährt; ich kann mir ein Urteil über das Beweismaterial des Genossen Daafe erst bilden, wenn er es denen öffentlich vorhält, die es selbst bezeugen. Im Reichstag hat Genosse Daafe am 24. März lediglich erklärt, daß „wenn es sich um die Unabhängigkeit unseres Volkes aufrecht zu erhalten, wir waghäufiglich (1) schon den

Frieden hätten erzielen können“. Ich warte also immer noch ab, daß er sein Beweismaterial im Reichstag vorbringt, wo er es ungehemmt von der Zensur tun kann. Das Beweismaterial, das er sich damit um die ganze Menschheit erwerben würde, würde in der Tat sehr hoch stehen; er würde u. a. auch die Behauptungen des Herrn Asquith widerlegen, der nach Daafe's Aussage dem englischen Volke Kläne vorläufig, der er schon seit fast einem Jahre aufgegeben hat.

Nach diesen Andeutungen kann man allerdings auf das Beweismaterial sehr gespannt sein. Die vor Jahresfrist aufgetauchten Darstellungen, wonach ein holländischer Diplomat in seinen Andeutungen von Daafe englischerseits bezeugt gewesen sein soll, sind damals von allen in Frage kommenden Personen als unbegründet erklärt worden.

Für die Einheit der Partei.

Die Bezirksleitungen der schließlichen Sozialdemokratie erlassen einen Aufruf an die Sozialdemokratischen Schließlichen, dem wir folgende Sätze entnehmen:

Unsere Führer im Reichstag haben uns ein schlechtes Beispiel von Kampfesameradikation und Einheit des Bandelns gegeben. In den eini so folgen Bau der Sozialdemokratischen Partei, der schon durch den Ausdruck des furchtbaren Weltkrieges in seinen Grundfesten erschüttert wurde, haben sie den Brand der Zersplitterung geworfen — hat zu führen und aufzurichten, geschähen sie auf neue das Werk, das durch die Mische und die Spaltung der tausenden geschafften ist. Da hat ein Warnungsruuf not an die Genossenschaftsmitglieder unserer Provinzial! Laßt die Flammen der Zersplitterung nicht hinüberleiten in die schließlichen Parteioorganisationen, in denen Frieden und einträchtige Arbeit durch reuige Kriegsmomente unberührt erhalten wurde. Niemand verlangt in dieser Zeit größter Gefährdungen, die wir durchleben, daß jeder von uns dieselbe Meinung habe über den besten Weg, den die Partei durch die Wirksamkeit der Gegenwart freieren soll. Jeder einzelne unter uns nur schwer und nach inneren Kämpfen seinen politischen Standpunkt gegenüber dem Neuen und Furchtbaren gewonnen, ist es nicht anders möglich, als daß die Ansichten über unsere Stellung im einzelnen auseinandergehen werden. Dort liegt keine Ertörung und keine Gefahr. Erst wenn die Meinungen der Parteimitglieder in ungleichen und lebensgefährlichen Ratur von Verschiedenheiten von ungleichen und lebensgefährlichen Ratur zur Spaltung des gemeinsamen Parteiverbandes, zur Vernichtung unserer Parteielebens getrieben werden, dann beginnt das schwere Verbrechen gegen die Arbeit derer, die heute für uns streiten und von der Zukunft Befreiung erwarten. Alle, die da hinausgekommen sind, um mit ihrem Blute die Sicherheit des Landes und ihrer Familien vor fremder Gewalt zu schützen, sie hinterlassen ein so kostbares Gut! Die soziale Zukunft ihrer Familien, die zukünftige Gestaltung ihrer Lebensbedingungen, sie hängen mit ab davon, wie die großen Organisationen der Arbeiterbewegung die kritische Zeit überleben, in der wir leben. Wenn wir mit den Feldgrauen, die heute noch auf unglücklichen Schlachtfeldern kämpfen, in hoffentlich nicht zu langer Zeit durch die Worte des Friedens in neue Europa freieren, dann warten auf unsern Verband die Millionen der Arbeiter und Waisen der gefallenen Arbeiterkämpfer, deren Zukunft mit daran hängt, ob eine einigste, starke oder eine sich selbst verzehrende kleine Gruppe unserer Vertreter in den Parlamenten für sie wirkt.

An dem Tage, an dem wir den Gefallenen die Hand zum Willkommen brücken, verlangen sie Rechenschaft von uns, ob wir zu allen Kämpfern, die der entsetzliche Krieg hinterließ, durch unsere Schuld noch den Trümmernhaufen der Organisation gefügt haben!

Wir Schließlichen wenigstens wollen Sorge tragen, daß wir den Genossenschaftsmitgliedern mit dem guten Gewissen entgegengehen können, daß ihre Organisation vom trefflichen Wurm des Zersplitterens nicht gerührt ist, daß sich wiederfinden in ihr alle, die für das Wohl des Proletariats weiterwirken wollen. Wir werden unsere Ansichten austauschen und bald finden, daß in dieser Zeit des wüsten Durcheinanderhürens bald links bald rechts davon gegriffen wurde und niemand von sich sagen kann, sein Handeln und sein Tun sei allein fehlerhaft gewesen. Wir werden aber auch darüber einig sein, daß wir, nachdem der Krieg einmal ausgetrieben war und nicht mehr abgewendet werden konnte, nichts anderes tun durften, als uns auf die Seite unseres Landes und unserer kämpfenden Brüder stellen! Doch jeder von uns nach seinen Kräften und seiner besten Einsicht bemüht sein müßte, die Wiederherstellung des Friedens zu fördern! Damit erfüllen wir unsere höchste Pflicht als Sozialdemokraten!

Wenn die Gefahr vorüber sein wird und der Burgfriede fällt, dann kann sich die schließliche Sozialdemokratie, von drei mächtigen Feinden umringt, am allerwenigsten den Luxus eines Bruderkrieges leisten. Mag das in Berlin oder Leipzig oder irgend einem Bezirk des Reiches anders sein, bei uns heißt das Interesse des Proletariats den eisernen Zusammenhang der Gleichgesinnten!

Der Kampf der Genossen um das Beste mag weitergeführt werden, wenn es im Sinne der Zusammengehörigkeit geschieht, wenn aber bewußt und absichtlich das Parteigefüge untergraben, wenn eine Sonderbewegung Sonderzettel erlaffen, die die Einheit der Partei systematisch zerstört, der löse lieber die Gemeinschaft mit seinen früheren Mitkämpfern, statt Mitterkeit und Zerrüttung in die eigenen Reihen zu tragen. Noch sind wir in Schlesien fast frei von solchen Verrätern und deshalb ruhen wir den Genossen jeden Ortes, jeder Stadt und jeden Dorfes zu: Wehret den Anfängen! Höher als alle Hochverrat steht uns die Einheit der Partei!

Eine Landeskonferenz für Bayern.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayerns veröffentlicht folgenden Aufruf:

Parteilagenoffen! Parteilagenoffen! Durch die Vorstandsliste in der Partei ist die wichtigste Voraussetzung des Erfolges, die Einheit unserer politischen Aktionen, gefährdet. Noch nie war das absolute Zusammenwirken aller Glieder der Partei so notwendig wie jetzt. Mehr denn je erfordert die letzte Zeit der Aufregung und Vitternis überliefertes Handeln.

Aus diesem Grunde hat der Landesvorstand nach § 11 Absatz 2 des Statuts eine Landeskonferenz einberufen, in der die bedeutendsten

Patriarch Mahnte.

Roman von Diemar Guting.

[80]

Nicht war das ganz anders geworden. Rudolf litt unter dem Druck, den der Vater auf ihn ausübte, und hatte nach anfänglichem Widerstreben nicht mehr die Kraft und die Lust, sich dagegen aufzulehnen, aber er betrachtete seinen Vater als Feind. Mahnte war furchtbar enttäuscht und erblickte statt eines flotten Burshen einen ausgemergelten jungen Greis vor sich, und über den wollte er, wie er es für seine Pflicht hielt, die Zucht des Hausvaters, des Patriarchen schwingen. Der Zustand wurde untragbar. Alle hatten darunter.

„Du hast es nicht aus, Frau Strud“, sagte Meier, „ich kann nicht mehr im Laden arbeiten. Herr Rudolph führt gräßliche Lebensarten, und dann kommt der Herr zu schelten, und sie ganken sich offen vor allen Leuten. Der Herr ist auch so unehrlich, wie ich ihn noch nie gesehen habe. Er weiß oft gar nicht, was er will. Das geht nicht; das endet noch schief.“

Meier behielt recht. Eines Abends sah er auf seiner Dachkammer. Am Morgen war Mahnte wieder hart gegen Rudolf gewesen; dieser hatte alles hingeworfen und war nach seiner Gewohnheit fortgegangen. Nach dem Abendessen kam er erst nach Hause und blieb auf seinem Zimmer.

Meier dachte nach, wie traurig es jetzt alles stand, und wie es selbst dem kleinen Mädchen nicht mehr so gut ging, denn Meier hatte nicht viel Zeit für ihn übrig, und das Kind ängstigte sich vor Rudolf, weil er es einmal geschlagen hatte, als es im Wege stand. Ja, wahrhaftig, wenn Frau Strud nicht gewesen wäre, Meier hätte einfach daran gedacht, sich eine neue Stelle zu suchen. Jammervoll, jammervoll! Dann wollte er sich rühren und gestreuen, nahm sein freimachen-Album und freute sich sehr, denn er hatte die Schicksals-Geldscheine zu 1/4 Schilling ganz bezahlt. Unten war es allerdings ein wenig eingewickelt, und unten war der Band zu weit vorgeglitten, aber wenn er sie sorgfältig aufwickelte, sah man das gar nicht.

Da hörte er unter sich einen dumpfen Knall.

Er schreckte! Sprang er auf, lief die Treppe hinauf und pochte an Elises Tür.

„Frau Strud! Frau Strud! Da hat einer geschossen!“

Elise kam; sie eilte zu Rudolfs Zimmer, traten ein und fanden ihn auf dem Fußboden hingestreckt.

„Du Doktor Jons, Meier!“ rief Elise.

Meier gitterte an allen Gliedern, er war nicht imstande, sich fortzubewegen. Er legte am Türpfosten und starrte auf den regungslosen Körper vor ihm.

Elise holte Meier und schickte sie zum Arzt, ohne ihr zu sagen,

was geschähen war. Das Laufen und Tümpeln hatte den alten Mahnte aufgeweckt. Er lag erst noch im Bette und dachte, dann aber, als es nicht ruhig werden wollte, kündete er Licht an und begann, sich anzuziehen.

Oben lief Elise niederwärts hin und her. Sie hatte Rudolf mit Grausen angefaßt, aber er gab kein Lebenszeichen von sich. Der Revolver steckte fest in seiner Hand. Es half nichts, daß Elise ihm die Rippen mit häßlichen Tropfen wegte, diese Rippen bewegten sich nicht mehr. Sie richtete den Revolver auf, da sah sie Blut am Boden und auf dem linken Brust. Das Herz war durchbohrt. Nun ließ sie ihn zurückfallen.

Während sie so beschäftigt war und kein Wort sprach, und während Meier immer noch voller Schreden da stand, hatte sie es überhört, wie Mahnte die Treppe heraufkam. Jetzt vernahm sie seine Schritte.

„Im Gotteswillen, Meier! Küsserte Sie, halten Sie den Herrn auf.“

Meier war zu beunruhigt, um ihren Befehl auszuführen zu können. Da sprang Elise im letzten Augenblicke, als der Alte schon beinahe in der Tür war, auf und verpackte ihm den Weg.

„Onkel, komm“, sagte sie, „komm in mein Zimmer, nicht hier.“

„Was denn, Elise?“ fragte der Alte beunruhigt. „Nimm nur“, war alles, was er zu erwischen konnte, und schab ihn mit Gewalt von Rudolfs Stube fort, bis er in ihrem eigenen Gemache war.

„Was ist da passiert, Elise? Mit Rudolf?“

„Onkel“, antwortete Elise, ihre Stimme bebte, der kalte Schweiß drang ihr aus der Stirn. „Du hast Dein Gottvertrauen, Onkel.“

„Wozu soll ich das brauchen?“

„O Gott!“

„Wozu, Elise? Sage mir das.“

Er machte sich auf und wollte hinaus, zu Rudolf, seine Augen waren weit, die Unterlippe hing ihm schlaff herab, die Hände hielten er vor sich, als hätte er umher, um zu fühlen, um sich zu vergewissern, welches Unheil über ihn gekommen sei. Denn das große Unheil da war, was ihm jetzt klar.

Elise hatte die eine Hoffnung, der Arzt könne vielleicht noch retten, deshalb sagte sie:

„Es ist am Ende nicht schlimm. Ich habe gleich zu Doktor Jons geschickt. Rudolf hat...“

„Ich was angetan? Was angetan?“

Das kalte der Alte nur so hervor.

Elise nickte, gar eben.

„Rudolf ist also...“

„Ich nein, nein, Onkel, er erwacht vielleicht wieder, er ist vielleicht nur ohnmächtig.“

Jetzt ließ sich der Alte nicht mehr halten. Mit Rasch rief

er die Tür auf, mit furchtbarem Hast schritt er über den Korridor, führte die Treppe hinauf und trat in Rudolfs Zimmer ein.

Da lag sein jüngerer Sohn vor ihm, bleich, mit gebrochenen Augen, die Haare weit und zerzaust und in der Hand die Waffe.

Der Alte fiel über ihn hin, horchte an seiner Brust, an seinem Munde, nahm seine Hand, aber die Hand schloß sich nicht, als er sie losließ. Elise wollte ihn aufwecken, aber er ging nicht von diesem Fleck. Er sprach kein Wort. Er lauschte immer nur und griff hier und dort über den Körper hin, als suchte er nach einer Bewegung, nach einem einzigen Fünkchen Leben.

Es war aber kein Atem mehr in Rudolf.

Erst als der Arzt kam, ließ Mahnte den Toten los, und Elise konnte ihn in einen anderen Raum bringen. Stöhnend lehnte er sich an sie. Wenn er konnte er nicht. Elise sah das Herz in der Hand. Meier schreie, so sehr er selbst der Stille bedurft, seinen Prinzipal auf dem kleinen Gange. So wandten sie hin, und Meier weinte laut hinter ihnen.

Der Arzt rief Elise zu sich und sagte:

„Nichts mehr zu machen, sorgen Sie für den Alten.“

Er wollte eintreten, Mahnte wollte ihm, fortzugehen, aber Doktor Jons ließ sich nicht abhalten und drückte dem Vater die Hand.

„Nicht tapfer sein, lieber Herr Mahnte. Wie ist der Junge denn nur gekommen?“

„Die Frage wird Gott der Herr wohl auch einst an mich richten, und ich weiß nicht recht, was ich antworten soll.“ entgegnete Mahnte sehr bebend. „Und das das Schlimme, denn ich muß mich schämen.“ Er war mir anvertraut.

„Er blickte um sich, als sei er wirt.“

„Ja, weiß ich es wirklich nicht? Gab ich nicht mit Teil daran?“

„Solche Gedanken!“ rief der Arzt, und auch Elise suchte, den Alten zu beruhigen.

„Mahnte aber flachte sich selbst schwer an.“

„Dai er gar nichts geschrieben!“ fragte er. „Nicht einen Krampf.“

Elise sah nach. Auf Rudolfs Schreibtisch lag ein Zettel:

„Vater, vergesse mich, und gib mir nicht alle Schuld.“

Sie wollte den Zettel erst vernichten, um Mahnte nicht noch tiefer ins Leid zu stoßen, aber als sie auf den toten Rudolf blickte, da war ihr, als dürfe sie schon um seinwillen diese letzten Worte nicht unterschlagen. Es lag neben der Witte um Vergebung noch auch eine Rechtfertigung darin, und sie hätte diese geben, wenn sie die Verzeihung und so dem Sohne jede Möglichkeit nahm, seine Tat zu mildern, ja, sie in etwas zu erklären.

So gab sie stumm dem Vater, was Rudolf geschrieben hatte.

Mahnte fand noch mehr in sich zu tun, als er es las. Der Arzt ordnete allerdings an und eile zu Ernst.

„Mein Bruder hat sich erschossen!“ fragte der Arzt, „und was macht Vater?“

Aber er wartete die Antwort nicht ab, sondern lief zum väterlichen Hause. Und in all dem Jammer angelächelt seines Bruders und beim Anblick seines Vaters verlagte ihm sein angeleitetes Göttertrauen. Er, der so oft an Sargen betete und die Hinterbliebenen tröstete mit der gewissen Überfahrt auf ein Fest, sein Wort des Trostes und des Glaubens zu sprechen. Er weinte nur.

Wann ist denn niemand davon abhalten?“

Darauf antwortete ihm keiner.

Erst umarmte den Vater, der flammerte sich an ihn an, und als er so seinen Kleinsten, seinen wohlgerateten Sohn bei sich fühlte, löste sich zum ersten Male das Eis, und auch er konnte seinen Schmerz in Tränen gießen.

So verließ die Nacht. Elise hatte ihre Bestimmung wieder gefunden, sie schaffte, was nötig war, ließ Meier und Meier zu ihm kommen, damit sie nicht lange nachdenken sollten, und die beiden halfen ihr wie Mahnte.

Als der Morgen anbrach, war Mahnte so erschöpft, daß er von selbst im Stuhl einschlief. Elise brachte ihm mit Entzünden Gifte zu Bett.

Draußen in der dämmerigen Stadt tappte die graue Kinde mit ihren plumpen Füßen von Haus zu Haus, rief die Borden auf und brüllte wohl hinein: Wist ihr was Neues? Rudolf Mahnte, von Mahnte in der Papentstraße, hat sich erschossen. Tot. Erschossen.

Da ließen die Leute auf die Straßen, und immer älterete es ihnen von den Lippen: Erschossen. Tot. Schulden. Nicht kaufmann werden. Der Alte erst zu schwach und dann zu hart.

Die ganze Stadt und die Luft über ihr war voll von dem Entsetzlichen. Alle wühlten in Mahntes Familie herum, bis weit vor die Zeit, da Rudolf geboren war.

Erschossen. Tot. Mahnte so kommen. Traurige nichts. Wie traurig!

Dann drängte es ihn zur Papentstraße und kam sehr näher und näher von beiden Seiten zum Haus heren. Gegenüber dem Giebelhaus aber sah man in den äußeren hinter den Vorhängen, die ganz eben zurückschoben wurden, große Augen. Alle waren ganz in den Boden hineingekommen und hätten etwas gefaßt und dabei Räuber erfahren, aber das wagten sie doch nicht. Das sah gütiglich aus, das konnte den alten Mahnte verleben.

Nachdem die erste Neugier verwichen war, füllten sie Willeid mit dem Vater und Rudolf und Ernst und Charlotten. Sie standen vor dem Hause, und ihnen war, als sei ein Dunst die drum herum, als schwebte ein dunkelblauer erdender Nebel oben vor dem Giebelfenster, wo das fürchterliche ja wohl geschähen

1870

Das Ergebnis der Kriegsanleihe-Sammlung in den Hamburger Schulen. Die von der Oberbürgermeisterin...

Zu Geldbeschaffungen an die Angehörigen des Heeres...

Zum Tode des Genossen Böh...

Eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Verhaftung...

Schulische für die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Die Ausgabe der Verlustlisten vom 30. März...

Verbreitung auf der Vorstadt. Eine recht...

Späte Einnahme. Im Jahre 1914...

Lebensversicherung. Ein Einwohn...

Hafen und Schifffahrt.

Das Gesamt zu Hamburg...

Der Dampfer „Dietrich“...

Schiffahrt an der See. Mit einer...

Als Leiche geborgen. Auf der...

Ein erhebliche Kopfverletzung...

Der deutsche Dampfer „Friedrich Carow“...

Altona und Umgegend.

Stadterordnungsung am 30. März.

Zwei Armenkinder werden auf...

Nach Entlassung und Wahl von...

Zu einer Verammlung des...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Verfallenen wurde ein...

Erstmalige der Wäsche. Eine...

Ein talentvoller Junge. Bei...

Kleine Notizen. An der...

Schulische. Beginn des...

Schulische. Die Aufnahme...

Wandsbek und Umgegend.

Stadterordnungsung am 30. März.

Die städtischen Kollegien...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Schulische. Beginn des...

hurch die man die fehlenden...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Schulische. Beginn des...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

Der gegen die Kinder. Der gegen die...

hrechnung. Der Staatsanwalt...

Bei einem Einbruchsdiebstahl...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Einbruchsdiebstahl. Am...

Frühjahrs-Neuheiten.

Fortig am Lager, in grösster Auswahl:

- Sommer-Paletots * * Sommer-Ulster
- Sakko-Anzüge in farbig und blau
- Jünglings-Anzüge * Knaben-Anzüge
- in den modernsten Dessins und Macharten
- Knaben-Paletots * * Knaben-Pyjacks

Einsegnungs-Anzüge

Hüte Mützen

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Kleidung

GRASKELLER HAMBURG

Rüdingsmarkt

Trotz der enorm hohen Lederpreise
und des grossen Mangels an Leder

Eleganteste und gute Passformen in allen Preislagen.
staunend billig, weil eigene Fabrikate.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Schuh-Sport Flaum

Kuhn und Nöring, Königl. Hofbuchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.